



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Annette Karl, Arif Tasdelen, Inge Aures, Klaus Adelt, Horst Arnold, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Rückschlag für die Gleichberechtigung verhindern: Frauenrechte in der Corona-Krise stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, die durch die COVID-19-Pandemie verstärkte Benachteiligung von Frauen zu bekämpfen. Mit den folgenden Maßnahmen soll den in der aktuellen Krise verschärften Ungleichheiten und besonderen Belastungen von Frauen entgegengetreten werden:

Verbesserung von Beschäftigungsverhältnissen:

- bessere Bezahlung und Tarifregelungen für die von Frauen stark dominierten Bereiche der Sektoren Pflege und Gesundheit, die dem körperlichen und seelischen Einsatz gerecht werden und die die Wichtigkeit dieser Berufsgruppen für die gesamte Gesellschaft widerspiegeln
- adäquate Entlohnung und tarifliche Besserstellung für systemrelevante Tätigkeiten im Einzelhandel, bei Paketdiensten und Lieferservices
- soziale Gerechtigkeit und gleiche Löhne für gleiche Arbeit unabhängig vom Geschlecht
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit einem Ausbau von Teilzeit-, Homeoffice- und Jobsharing-Möglichkeiten
- erweiterte Rechte auf bezahlten Urlaub, Homeoffice, Kurzarbeit und verbesserten sozialen Schutz für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit.
- Unterstützung kleiner und mittelständischer, von Frauen geführter Unternehmen während und nach der Krise

Ausbau des Schutzes vor Gewalt:

- Ausbau von Frauenhäusern, um Zufluchtsorte für alle Frauen und ihre Kinder, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, bieten zu können
- Unterstützung der Einrichtungen zum Schutz vor Gewalt bei der Anpassung ihrer Angebote an die Bedingungen der COVID-19-Pandemie, wie die Einhaltung von Hygieneregeln und die Bereitstellung zusätzlicher Wohnangebote
- Sicherstellung der Unterstützung und Verfügbarkeit von Beratungsnummern, digitalen Plattformen und Apps sowie Unterkünften für Frauen, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind

Gleichberechtigung bei der Bewältigung der Krise:

- Einbeziehung von Expertise und Erfahrung beider Geschlechter bei der Bewältigung der Krise; bei Entscheidungen, die Frauen betreffen, müssen Frauen gleichberechtigt mitentscheiden
- Anwendung von Gender Mainstreaming in allen Bereichen der Strategie für den Weg aus der Krise, einschließlich der Wirtschaftsstrategie
- Aufschlüsselung der Auswirkungen der Krise nach Geschlecht, um die Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik auf geschlechtsspezifische Qualitätsdaten zu stützen

Förderung der Parität:

- Ermöglichung einer gerechteren Vertretung von Frauen in Entscheidungsprozessen in der Politik sowie in Unternehmensvorständen durch Quoten und das Reißverschlussystem, um langfristig negative Auswirkungen der Pandemie auf Frauen abzuschwächen
- Initiierung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie, die alle Entscheidungsebenen verpflichtet, Gleichstellung als Querschnittsthema in ihren Vorhaben und Projekten zu berücksichtigen
- Einsatz auf Bundesebene, dass bei großen Unternehmen mit vier und mehr Vorstandsmitgliedern mindestens eine Position mit einer Frau besetzt sein muss

Begründung:

In der aktuellen Corona-Krise sind Frauen besonders von den Folgen der Ausgangsbeschränkungen betroffen. Aktuelle Studien und Analysen z. B. des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (<https://wzb.eu/de/forschung/corona-und-die-folgen/corona-studie-zeigt-die-realitaet-unter-dem-brennglas>) oder der Hans-Böckler-Stiftung (https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_40_2020.pdf) zeigten bereits wenige Wochen nach Beginn der Krise, dass weit mehr Frauen als Männer die Mehrfachbelastung Beruf, Homeschooling und Haushalt übernehmen mussten. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), spricht von einer „Retraditionalisierung“: in den Familien kam es schnell zu einer Rückkehr zu alten Rollenmustern. Zwar arbeiten Männer und Frauen im Homeoffice, die Frauen kümmern sich aber zusätzlich um Kinder und Haushalt. 54 Prozent der befragten Frauen, aber nur 12 Prozent der Männer geben an, den überwiegenden Teil der anfallenden Kinderbetreuung zu übernehmen.

Auch bei den Veränderungen der Arbeitszeit sind Frauen im Nachteil: Die Befragung der Hans-Böckler-Stiftung macht deutlich, dass Frauen auch häufiger von einer Arbeitszeitreduktion betroffen sind. Sie arbeiten zwar fast genauso häufig in Kurzarbeit wie Männer, sind jedoch öfter von der Arbeit freigestellt. Auch wird ihr Kurzarbeitergeld seltener aufgestockt als bei Männern. So liegen auch die finanziellen Lasten der Krise mehr auf Seiten der Frauen.

Dabei sind Frauen stark in systemrelevanten Berufen engagiert und sind in Berufen, deren Tätigkeiten den Gefährdungen des Virus besonders ausgesetzt sind, überproportional vertreten: Sie arbeiten in Krankenhäusern, Geschäften, in Schulen, Kindertagesstätten und Pflegeheimen. 70 Prozent der weltweiten Gesundheits- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, wie Ärztinnen und Ärzte, Krankenhauspersonal und Pflegekräfte sind Frauen. Eine tarifliche Bezahlung ist eine Grundvoraussetzung, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und den Pflegeberuf aufzuwerten. Fürsorgearbeit ist für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand existenziell.

Auch Angestellte in Lebensmittelgeschäften und Reinigungskräfte sind mehrheitlich Frauen, die zudem oft nur den Mindestlohn erhalten. Der Großteil der „geringfügig Beschäftigten“ sind Frauen (54%). Diese Minijobs fallen komplett aus der Kurzarbeiterregelung heraus. 77 Prozent der weiblichen Minijobber sind in der Gastronomie oder in privaten Haushalten tätig. Diese Stellen sind besonders gefährdet.

Denn als weiterer Faktor kommt hinzu, dass in der Corona-Krise die Arbeitsplätze vieler Frauen stärker betroffen sind, als es bei Männern der Fall ist. Da jetzt Branchen wie die Gastronomie, Gesundheit und die Reisebranche einbrechen, in denen traditionell viele Frauen beschäftigt sind, werden voraussichtlich auch in den kommenden Monaten viel mehr Frauen als Männer ihre Arbeitsplätze verlieren. „Frauen trifft die aktuelle Krise wesentlich schlimmer als Männer“, fasst die Mannheimer Ökonomin Prof. Michèle Tertilt die Ergebnisse zusammen (http://tertilt.vwl.uni-mannheim.de/research/COVID19_Gender_Equality_March2020.pdf).

Mit den aktuellen Ausgangsbeschränkungen und der wachsenden Isolation der Familien ist eine Zunahme von häuslicher Gewalt zu verzeichnen. Nicht bewältigte Stressfaktoren fördern jetzt erst recht Aggressionen. Der ohnehin bestehende Mangel an Plätzen in Frauenhäusern in Bayern wird durch eine weitere Verschärfung der Situation viele bedrohte Frauen in einer ausweglosen Situation allein zurücklassen. Für zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten in Hotels oder leerstehenden Apartments müssen zum Schutze der von Gewalt bedrohten Frauen schnellstens unbürokratische Lösungen gefunden und finanziell unterstützt werden. Von Gewalt bedrohte Frauen und ihre Kinder brauchen jetzt ganz besonderen Schutz und Beratungsangebote.

Der Deutsche Frauenrat fordert angesichts der dargestellten Situation der Frauen in der Corona-Krise eine geschlechtergerechte Krisenpolitik, „die sicherstellt, dass die dafür eingesetzten Steuermittel gleichermaßen bei Frauen wie bei Männern ankommen. Auch oder gerade in der Krise trägt ein geschlechtergerechter Bundeshaushalt zu einer gesamtgesellschaftlichen Stabilisierung bei.“ Ein Engagement von Frauen für die Aufrechterhaltung unserer Gesellschaft muss auch mit der Teilhabe an politischen Entscheidungen verknüpft sein. Der paritätische Anteil von Frauen an Beratungsgremien, in Aufsichtsräten und Vorständen sowie Parlamenten ist dafür die Voraussetzung. Seit 2016 müssen börsennotierte und mitbestimmungspflichtige Unternehmen eine 30-Prozent-Quote in Aufsichtsräten erfüllen. Der Frauenanteil stieg dort nach Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auch in den Vorständen von 8 auf 12,3 Prozent – während er in Unternehmen ohne Quote in Aufsichtsräten und Vorständen bei 9 Prozent stagnierte.